

# „A reluctant Player?“ Die Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschlands 1990–2020<sup>1</sup>

Günther Heydemann (Leipzig)

heydemann@rz.uni-leipzig.de

**Abstract.** Bis in die frühen 1990er Jahre war auch im wiedervereinten Deutschland die Auffassung allgemein verbreitet, dass ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland aus politischen und vor allem historischen Gründen nicht gerechtfertigt werden könne. Erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.7.1994 machte es möglich, dass deutsche Streitkräfte im Rahmen eines Mandats der NATO bzw. der UNO auch im Ausland eingesetzt werden dürfen, jedoch nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages. Seitdem ist die Bundeswehr wiederholt im Ausland eingesetzt worden, u. a. in Afghanistan 2002–2021, im Irak 2014–2017 und gegenwärtig noch in Mali. Ihr operationeller Einsatz war bzw. ist jedoch vorwiegend von militärischer Zurückhaltung und der Konzentration auf Sicherstellung der Ordnung und zivile Aufbauhilfe geprägt. Im Vergleich zu seinem militärischen Einsatz hat das vereinte Deutschland auf dem Feld der Europapolitik eine wesentlich höhere Intensität an den Tag gelegt, insbesondere mit dem Ziel, die Integration der EG/EU-Mitgliedstaaten weiter voranzubringen. Allerdings ist diese Politik durch vier große, internationale Krisen (weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–2011; Euro-Krise 2012 bis 2015; Flüchtlingskrise 2015/16; Covid-19-Pandemie seit Februar 2020) abgeschwächt worden, so dass sich die weitere Integration der EU-Staaten seither verlangsamt hat. In diesen Jahren ist es Deutschland nur teilweise gelungen, seine Führungsrolle in der EU in eine verstärkte Handlungsfähigkeit umzuwandeln, da der multilaterale Ansatz der Bundesrepublik nicht immer von seinen europäischen Partnern mitgetragen wird.

---

## “A reluctant Player?“ Germany’s Foreign and Security Policy after Unification 1990–2020

Until the early 1990s, in reunified Germany, the prevailing view was that deploying the Bundeswehr abroad could not be justified for political and, above all, historical reasons. It was only the ruling of the Federal Constitutional Court on July 12, 1994, that made it possible for German armed forces to be deployed abroad under a NATO or UN mandate, but only with the approval of the German Bundestag. Since then, the Bundeswehr has been deployed abroad on several occasions, including in Afghanistan from 2002 to 2021,

1 Der Beitrag wurde im Herbst 2021 abgeschlossen; die Entwicklungen seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit Februar 2022 und die Auswirkungen der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps konnten deshalb nur ansatzweise berücksichtigt werden (A.M.).

in Iraq from 2014 to 2017, and currently in Mali. However, its operational deployment has been and continues to be characterized primarily by military restraint and a focus on maintaining order and providing civilian reconstruction assistance. Compared to its military deployment, reunified Germany has shown much greater intensity in the field of European policy, particularly with the aim of furthering the integration of the EC/EU member states. This policy has been limited by four major international crises (the global financial and economic crisis of 2008–2011; the euro crisis from 2012–2015; the refugee crisis since 2015/16; and the COVID-19 pandemic since February 2020), slowing down the further integration of EU states. During these years, Germany has only partially succeeded in transferring its leadership role in the EU into greater capacity for action, as the Federal Republic's multilateral approach is not always supported by its European partners.

**Keywords:** Deutsche Außenpolitik seit 1990, Europäische Integration, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Mentalitätswandel, Souveränität und Verantwortung | German foreign policy since 1990, European Integration, Foreign Deployments of the German Armed Forces, Changes in mentality, Sovereignty and Responsibility

## I. Deutschlands Status und Selbstverständnis in der internationalen Politik nach 1989/90

Die Geschichte Deutschlands seit 1990 ist nicht nur von Vereinigung, Transformation und deren Folgen geprägt. Vielmehr hat die Wiedervereinigung auch in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht zu einer neuen Konstellation geführt. Es änderten sich in Europa und besonders in der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union (EG/EU) nicht nur die bis dahin bestehenden Machtverhältnisse; die grundlegende Veränderung der europäischen Nachkriegsstrukturen in den Jahren 1989 bis 1991 schuf zugleich auch erweiterte Rahmenbedingungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Bis dahin hatten die beiden deutschen Staaten jeweils nur insoweit eine eigenständige Außenpolitik betreiben können, als diese grundsätzlich unter dem Schutz und den Vorgaben der beiden Supermächte USA und Sowjetunion stand.

Erst nach 1990 vermochte das vereinte und erstmals seit 1945 wieder souveräne Deutschland in Europa und der Welt eine neue Rolle einzunehmen. Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags am 3. Oktober 1990, durch den die beiden deutschen Staaten zu einem Nationalstaat vereint wurden, und des Zwei-Plus-Vier-Vertrags am 15. März 1991 erhielt Deutschland seine volle Souveränität zurück. Damit war die fast zur Gewohnheit gewordene „Kultur der außenpolitischen Zurückhaltung“, so der frühere Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, an ihr

Ende gekommen.<sup>2</sup> Zugleich kehrte Deutschland geopolitisch „aus einer Randlage im Ost-West-Konflikt in seine traditionelle Mittellage in Europa zurück.“<sup>3</sup> Als

„europäische Mittelmacht und Macht der Mitte“ (Daniel Vernet) ist es eine integrierte europäische und euro-atlantische Macht. Durch die Einbindung in die sich überlappenden integrativen Gleichgewichtssysteme im europäischen und euro-atlantischen Raum ist die potenziell hegemoniale Macht Deutschland entschärft.<sup>4</sup>

Auf dieser Grundlage vermochte Deutschland erstmals wieder seine nationalen Interessen im Rahmen einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, tat sich aber vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung schwer mit dieser neuen Rolle und Aufgabe.

Das lag zum einen daran, dass Deutschland seine Sicherheit, wie es Wolfgang Ischinger prägnant formuliert hat, „jahrzehntelang outsourcen“ konnte.<sup>5</sup> Unter dem nuklearen Schirm der USA und der UdSSR waren beide deutsche Staaten nicht nur abhängig gewesen von den Entscheidungen ihrer Hegemonialmächte, sie konnten darunter auch kaum eine eigenständige Politik entwickeln, sieht man einmal von der westdeutschen „Ostpolitik“ in den 1970er und 1980er Jahren ab. Diese wurde von den beiden Supermächten toleriert, weil auch sie an einer Entschärfung des deutsch-deutschen und dadurch zugleich bilateralen und internationalen Verhältnisses interessiert waren.

Gleichwohl stieß die Tatsache, dass ein uneingeschränkt souveränes und wiedervereintes Deutschland erneut eine führende Macht in der Mitte Europas verkörpern könnte, keineswegs auf allgemeine Freude und Zustimmung. Das zeigten besonders die Reaktionen Großbritanniens unter Margaret Thatcher, aber auch Frankreichs unter François Mitterrand Ende 1989/Anfang 1990. Schon 1966 hatte der französische Schriftsteller François Mauriac das hübsche Bonmot geprägt, er liebe Deutschland so sehr, dass er am liebsten zwei davon hätte. Aus politisch-historischer, aber auch aus militärischer Sicht waren Vorbehalte gegenüber einem Deutschland, das nach der Wiedervereinigung allein schon in demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht mit Abstand wieder an der Spitze Europas stand, durchaus nachvollziehbar. Somit gab es einen eindeutigen Wunsch nach „Einhegung“ Deutschlands.<sup>6</sup> Ohnehin war das Zustandekommen der Wie-

2 Zitiert nach M. Stürmer (1994): „Deutsche Interessen“, S. 58.

3 M. Görtemaker (2009): *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*, S. 61 f.

4 Nach wie vor grundlegend W. Link (2006): „Deutschland als europäische Macht“, S. 27 f.

5 M. von Rohr/B. Sandberg (2018): „Wir erleben einen Epochenbruch“, S. 83.

6 K. Böttger/M. Jopp (2017): „Grundlinien deutscher Europapolitik“, S. 8.

dervereinigung auf internationaler und sicherheitspolitischer Ebene durch den 2+4-Vertrag nur möglich geworden, weil der demokratische Charakter der alten und der neuen Bundesrepublik Deutschland unzweifelhaft war und es sich zugleich zu einer friedensorientierten Außenpolitik sowie zur endgültigen Anerkennung aller bestehenden Grenzen auf der Basis eines verantwortlichen Umgangs mit der Macht verpflichtet hatte.<sup>7</sup>

Darüber hinaus ging man davon aus, dass die Außen- und Sicherheitspolitik des neuen Nationalstaats Deutschland weiterhin auf den traditionellen Grundpfeilern der alten Bundesrepublik basieren würde, namentlich die EWG/EG/EU und die NATO. Die Bündnispartner zählten somit auf die „Selbstbindungsbereitschaft“ der Deutschen.<sup>8</sup> In der Tat erfuhren die Bestrebungen zu einer stärkeren europäischen Integration, die in den Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 mündeten, durch die Wiedervereinigung einen erheblichen Schub. Denn die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Vizekanzler und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gab nun ihren Widerstand gegen die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung auf. Damit kamen sie der französischen Forderung nach einer beschleunigten Realisierung einer europäischen Währungsunion entgegen, durch die Paris die Bundesrepublik, die mit der D-Mark die stärkste Währung auf dem europäischen Kontinent besaß, währungspolitisch „einhegen“ wollte.<sup>9</sup> Insofern korrelierten der Wunsch der europäischen und transatlantischen Bündnispartner, den neuen deutschen Nationalstaat einzubinden, und die Bereitschaft Deutschlands, sich in die bestehenden Staatenorganisationen auch weiterhin zu integrieren, miteinander.

Ohne Frage befand sich das vereinte Deutschland nach der Wiedererlangung seiner Souveränität auf internationaler, außen- und sicherheitspolitischer Ebene in einer unverkennbar ambivalenten Situation. Einerseits besaß die vergrößerte Bundesrepublik „ein wirtschaftliches und finanzielles, ein technologisches und militärisches Gewicht, auf das die Weltgemeinschaft bei der Bewältigung der rasant zunehmenden Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung nicht verzichten konnte“.<sup>10</sup> Andererseits sollte sich bald zeigen, dass das wiedervereinte Deutschland Zeit brauchte, um in diese noch ungewohnte Rolle und Aufgabe

7 K. Kaiser (1994): „Das vereinigte Deutschland in der internationalen Politik“, S. 4.

8 Böttger/Jopp (2017), S. 19.

9 „Mitterand forderte den Euro als Gegenleistung für die Einheit“. *Der Spiegel* (25.09.2010), <https://www.spiegel.de/politik/ausland/historischer-deal-mitterand-forderte-euro-als-gegenleistung-fuer-die-einheit-a-719608.html> [Abruf: 20.9.2020].

10 G. Schöllgen (2013): *Deutsche Außenpolitik*, S. 249.

auf internationaler und europäischer Ebene hineinzuwachsen. Zudem war das Land in hohem Maße mit sich selbst beschäftigt, um den notwendigen inneren Integrations- und Transformationsprozess nach 40 Jahren Sozialismus in der DDR zu bewältigen. Darüber hinaus überlagerten Globalisierung und weltweite Konjunktur- und Finanzkrisen die vereinigungsbedingten Entwicklungen und Probleme.

Dementsprechend musste Deutschland seine neue internationale Rolle erst noch finden. Aus historischen Gründen verfügt es bis heute nicht über eine so selbstverständliche Einstellung zur Machtpolitik wie beispielsweise Frankreich oder Großbritannien, inklusive des Einsatzes von Militär. Dem stand und steht ein weitverbreiteter Pazifismus in der deutschen Politik und Gesellschaft entgegen, resultierend aus den Erfahrungen zweier Weltkriege. Zudem war bis in die frühen 1990er Jahre die Auffassung verbreitet, dass Artikel 87a des Grundgesetzes einem Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs entgegenstünde, denn hier wird konstatiert: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Allerdings enthält das Grundgesetz auch den Artikel 24 Absatz 2, der es dem Bund erlaubt „sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen“. Bedeutete das auch, dass sich die Bundeswehr einem militärischen Einsatz unter einem Mandat der NATO oder der UNO würde anschließen können?<sup>11</sup> Klarheit schaffte erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, in dem die Verfassungsrichter erklärten, dass durch Art. 87a GG „der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit, dem die Bundesrepublik Deutschland gem. Art. 24 II GG beigetreten ist, nicht ausgeschlossen“ sei<sup>12</sup>; sie ergänzten aber einschränkend, dass für einen Einsatz der Bundeswehr jeweils die Zustimmung des Bundestags erforderlich ist.<sup>13</sup> Soweit – kurz zusammengefasst – die geopolitischen, europapolitischen und internationalen Konstellationen, die sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands ergaben.

11 Vor 25 Jahren: Bundesverfassungsgericht billigt Auslandseinsätze. *Bundeszentrale für politische Bildung, Hintergrund aktuell*. (8.7.2019), <https://www.bpb.de/188072> [Abruf: 30.5.2021].

12 Verlautbarungen der Pressestelle des Bundesverfassungsgerichts, Pressemitteilung Nr. 29/1994 vom 12. Juli 1994; abrufbar unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1994/bv> [zuletzt 20.9.2020]; vgl. auch N. Philippi (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*.

13 Görtemaker (2009), S. 83 f.

## II. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – ein vorläufiges Resümee

Blickt man zurück auf die seit 1990 praktizierte Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland so ergibt sich ein eher skeptisches Bild.

Der Wunsch vieler Deutscher nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedererlangung der Einheit und Souveränität Deutschlands in einem ‚felix Germania – im Einklang mit der Welt, umgeben von Freunden, gesichert in der globalen Pax Americana‘ leben zu können, hat sich als Illusion erwiesen.<sup>14</sup>

Mit diesen Worten umriss Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020 die außen- und sicherheitspolitische Lage Deutschlands 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Die früheren Hoffnungen und Erwartungen nach 1990, wie der langjährige Bundesaußenminister nüchtern bilanzierte, hätten sich nicht erfüllt. Vielmehr, so fuhr Steinmeier fort, würden wir „Zeugen einer zunehmend destruktiven Dynamik in der Weltpolitik. Vom Ziel internationaler Zusammenarbeit zur Schaffung einer friedlicheren Welt entfernen wir uns von Jahr zu Jahr weiter. Die Idee der ‚Konkurrenz der großen Mächte‘<sup>15</sup> bestimme unsere Gegenwart. Diese Aussagen decken sich inhaltlich mit Äußerungen von Bundeskanzlerin Merkel vom Mai 2017, als sie unmittelbar nach ihrer Teilnahme am G7-Gipfel in Italien am 26./27. Mai 2017 feststellte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. [...] Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“<sup>16</sup> Beide Aussagen sind nicht zufällig, sondern stehen in einem inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang<sup>17</sup>.

Eine erste Antwort in Form einer erweiterten Zielsetzung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hatte bereits der Vorgänger von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Joachim Gauck am 31. Januar 2014, ebenfalls auf der Münchner

14 Vgl. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Fran>; [Abruf am 6.8.2020].

15 Ebd.

16 Gordana Mijuk (2017): „Merkel hat keine Strategie“. Deutschland ist die dominante Kraft Europas. Doch das Land sei unter Angela Merkel eine politisch schwache Nation, sagt der britische Historiker Niall Ferguson. In: NZZ (09.09.2017). Abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/gesellschaft/merkel-hat-keine-strategie-ld.1800865> [22.11.2025].

17 – und wurden unlängst durch die Aussagen des amerikanischen Vizepräsidenten J.D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 14.02. 2025 sowie durch das sonstige geopolitische Auftreten des zweiten Trump-Kabinetts ins Recht gesetzt (A.M.).

Sicherheitskonferenz formuliert, nämlich: Deutschland müsse sich „in den Krisen ferner Weltregionen [...] bei der Prävention von Konflikten [...] als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen und mehr Verantwortung übernehmen“.<sup>18</sup> Diese Feststellung beinhaltet zugleich eine latente Kritik an der nach 1990 praktizierten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands.<sup>19</sup> Denn diese (Selbst-)Kritik kommt auch im 2016 erschienenen „Weißbuch“ des Bundesministeriums der Verteidigung zum Ausdruck, in dem es heißt:

Seit 1990 sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf weniger als die Hälfte, und ein sinkendes Bedrohungsempfinden führte angesichts der zeitgleichen Herausforderungen nach der Wiedervereinigung zu einer nachrangigen Betrachtung der Verteidigungsanstrengungen. [...] Als Konsequenz traten Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund.<sup>20</sup>

Demgegenüber müsse es „zentraler Anspruch an die Bundeswehr [...] sein, dass sie sich angesichts des volatilen Sicherheitsumfeldes jederzeit an verändernde Aufgaben anzupassen vermag“.<sup>21</sup>

Zweifellos ist die im Weißbuch geäußerte Kritik an der praktizierten Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands auf die Erfahrungen der letzten 30 Jahre zurückzuführen, in denen sich das Land einer zunehmend verschärften Mächtekonkurrenz und zum Teil unvorhersehbaren internationalen Krisen und Konflikten gegenüber sah, auf die es außen- und sicherheitspolitisch reagieren musste.

Lässt man die wichtigsten Ereignisse in diesen drei Jahrzehnten Revue passieren, so kann man zunächst feststellen, dass zwar eine Mehrzahl der Staaten Verständnis für die militärische Nichtbeteiligung Deutschlands am Zweiten Golfkrieg 1990/91 aufbrachte, zumal sich das Land gerade in einem schwierigen inneren Transformations- und Integrationsprozess befand, doch wurde zugleich von der Bundesrepublik zukünftig mehr erwartet als nur „Scheckbuch-Diplomatie“. Immerhin finanzierte Berlin mit rund 20 Mrd. D-Mark rund ein Viertel der

18 Eröffnungsrede der Münchener Sicherheitskonferenz, München, 31. Januar 2014, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html> [Abruf: 7.8.2020].

19 Gaucks Kritik stieß seinerzeit eine Debatte über die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an; zur Einschätzung dieser Diskussion vgl. G. Hellmann (2016): „Zwischen Gestaltungsmacht und Hegemoniefalle, S. 4-12.

20 Bundesministerium der Verteidigung (2016): *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, S. 137.

21 Ebd. S. 15.

gesamten Kosten des Krieges, Geld, das beim einsetzenden deutsch-deutschen Transformationsprozess fehlte.<sup>22</sup>

Der bald darauffolgende Bürgerkrieg in Jugoslawien 1991 bis 1999 brachte dann eine entscheidende Wende der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, als das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1994 in einem wegweisenden Urteil feststellte, dass der „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit, dem die Bundesrepublik Deutschland gem. Artikel 24 II GG beigetreten ist“ nicht ausgeschlossen werden kann. Mit dieser grundlegenden Entscheidung, so könnte man überspitzt formulieren, wurde Deutschland in gewisser Weise erst wirklich souverän, indem deutsche Regierungen, verfassungsrechtlich legitimiert, die Bundeswehr von nun an auch im Ausland einsetzen konnten. Die nachfolgenden Bundesregierungen haben allerdings von dieser Möglichkeit nur sehr restriktiv Gebrauch gemacht.

Während es im jugoslawischen Bürgerkrieg mit Hilfe der Bundeswehr gelang, die Kampfhandlungen nach und nach zu unterbinden und zumindest eine latente Ruhe zwischen den verfeindeten Ethnien und Religionsgruppen herzustellen, stellte der größte, längste und finanziell teuerste Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan keine Erfolgsgeschichte dar. Aus einer befristeten Stationierung wurde ein Dauereinsatz, der zwar am 30. Juni 2021 beendet wurde und schließlich mit der unterschätzten, schnellen Einnahme Kabuls ein desaströses Ende fand. Desaströs auch deshalb, weil die Amerikaner ihre westlichen Allianzpartner denkbar schlecht informierten.<sup>23</sup>

Im Grunde ist das Gegenteil dessen eingetreten, was die Präsenz von NATO-Truppen in Afghanistan erreichen sollte und wollte: Die Niederringung der islamistischen Taliban, dem, zusammen mit einer pluralistischen Zivilgesellschaft, der Aufbau eines demokratischen und rechtsstaatlichen Staates folgen sollte; insbesondere Letzteres war die vordringliche Aufgabe der Bundeswehr – unter Verkennung des realen Kampfgeschehens vor Ort. Erst Anfang 2010 ist eine viel zu späte, realistische Neueinschätzung der Gesamtlage und der entsprechenden Ausrichtung der Bundeswehr in Afghanistan erfolgt. Offenbar hatte man un-

22 Der Bundeshaushalt betrug damals 293 Milliarden DM, das BIP aber ca. 3,2 Billionen DM. Damit lag die Belastung des Haushalts durch den solcherart erhöhten „Wehretat“ noch unterhalb der heute geforderten 5%. Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157795/umfrage/entwicklung-der-ausgaben-des-bundes-seit-1969/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/> [Abruf 01.09. 2025].

23 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kwo6-pa-1ua-afghanistan-932426> [Abruf: 26.04.2023].

terschätzt, dass die Bundeswehr in einem Land stationiert wurde, in dem ein Bürgerkrieg herrschte.

Die Stationierung deutscher Truppen in Afghanistan hatte zudem noch einen weiteren negativen Effekt. Da die deutschen Soldaten bis Ende 2009 nur zur notwendigen Selbstverteidigung kämpfen durften, nahmen sie mit Ausnahme des Kommandos Spezialkräfte (KSK)<sup>24</sup> unter den übrigen verbündeten NATO-Einheiten einen nachgeordneten Rang ein, was sich schließlich auch in der Reihenfolge des überstürzten Truppenabzugs im August 2021 abzeichnen sollte.<sup>25</sup> Hinzu kam, dass die Bundeswehr mit ihrer Stellung im Norden Afghanistans privilegiert war, da die eigentlichen Kämpfe gegen die Taliban vor allem im Süden stattfanden. Alliierte Forderungen nach Verlegung von Bundeswehreinheiten in den Süden Afghanistans wurden jedoch von Berlin mehrfach abgelehnt. Diese Politik trug deshalb zu einem erheblichen Vertrauensverlust der Bundesrepublik als verlässlicher und solidarischer militärischer Partner bei und führte dazu, dass Deutschland als „à la carte-NATO-member“ angesehen wurde.<sup>26</sup>

Kritik und Zweifel an der Bündnistreue der Bundesrepublik verstärkten sich, als sich Deutschland im März 2011 als einziges Mitglied der NATO und der EU bei der Abstimmung über eine Flugverbotszone über Libyen im UNO-Sicherheitsrat der Stimme enthielt und 60 Bundeswehrsoldaten aus der laufenden Luftüberwachungsmission abzog. Berlin sollte zwar mit seiner Einschätzung Recht behalten, dass Luftangriffe auf Militärstützpunkte des damaligen Diktators Gaddafi nicht zu einer Lösung des innerlibyschen Bürgerkriegs führen würden, aber die politische und militärische Reputation Deutschlands als NATO-Partner nahm erneut Schaden.<sup>27</sup>

24 „In Afghanistan ist das KSK seit 2001 wahrscheinlich mit Unterbrechungen im Einsatz.“ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/erstmal-deutscher-ksk-soldat-in-afghanistan-gebetet-a-898164.html> (Abruf: 27.04.2023). Zur Rolle der Bundeswehr beim ISAF-Einsatz und danach vgl. Thomas Wiegold (2016): Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Ein Beitrag anlässlich 15 Jahren Auslandseinsatz der Bundeswehr. Auf: <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/238332/der-bundeswehreinsatz-in-afghanistan/#node-content-title-3> [Abruf: 27.04.2023].

25 <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afghanistan-ksk-101.html> [Abruf: 27.04.2023].

26 Mit dem Begriff kritisierte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger im Februar 2008 die deutsche Afghanistan-Politik; es gehe nicht an, dass die einen bereit seien zu kämpfen, andere eine Allianz à la carte machen wollten. Vgl. „Kissinger fordert mehr deutsche Truppen in Afghanistan“, 16.02.2008, <https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/a-535691.html> [zuletzt 14.06.2023].

27 Sie erhielt andererseits aber auch Anerkennung. Die Diskussion ist porträtiert in den Beiträgen des Bandes von Werkner und Haspel (Hgg., 2019): *Bündnissolidarität und ihre friedensethischen Kontroversen* (vgl. darin etwa S. 54).

Im Grunde setzte sich die sehr zurückhaltende Politik Deutschlands beim Einsatz der Bundeswehr auch im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) fort. Nach intensiven Beratungen auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 hatte sich auf Initiative und unter Führung der USA eine „Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat“ gebildet, der sich auch die Bundesrepublik anschloss. Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag nach intensiven Debatten den Einsatz von bis zu 1.200 Bundeswehrsoldaten, die sich allerdings nicht direkt am Kampf gegen den IS im Irak und Syrien beteiligen, sondern militärische Hilfsdienste leisten und Überwachungsaufgaben durchführen sollten. Erneut blieb somit der konkrete militärische Einsatz Deutschlands eher marginal, wenn man ihn mit dem der USA, Frankreichs oder Großbritanniens verglich. Das war angesichts der Tatsache, dass auch die Bundesrepublik ein großes sicherheitspolitisches Interesse daran besaß, den IS niederzukämpfen, zu wenig. Schließlich wollte, ja musste man die politische, wirtschaftliche und militärische Basis des IS im Nahen Osten zerstören, der zu dieser Zeit in verschiedenen europäischen Staaten eine ganze Reihe von verheerenden Terroranschlägen durchführte. Ende 2017 war dieses Ziel weitgehend, wenn auch nicht umfassend erreicht. Der deutsche Einsatz im Rahmen der MINUSMA-Mission in Mali (2013), die infolge des Gaddafi-Sturzes und des Einmarsches von versprengten Truppen des von Aufständischen ermordeten libyschen Diktators zunächst von Frankreich forciert worden war (2012), richtete sich in der Folge ebenfalls auf die Stabilisierung eines Staates gegen islamistische Kräfte und endete auf Wunsch der malischen Militärjunta im Dezember 2023, hätte jedoch laut Beschluss des Bundestages im Mai 2024 enden sollen.<sup>28</sup>

Der restriktive Einsatz der Bundeswehr im Ausland war und ist jedoch innenpolitisch darauf zurückzuführen, dass es in der deutschen Gesellschaft nach wie vor erhebliche Zweifel und Widerstände gegen solche Einsätze gibt.<sup>29</sup> Das führt zu dem außen- und sicherheitspolitischen Dilemma, dass deutsche Regierungen einerseits Bündnissolidarität leisten müssen, andererseits aber große Schwierigkeiten haben, dafür eine Mehrheit im Deutschen Bundestag (Stichwort:

28 Vgl. J. Heß / K.-H. Lutz / T. Konopka (Hgg., 2021): *Mali und westlicher Sahel.*; vgl. weiterhin <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mali-einsaetze/minusma-bundeswehr-un-einsatz-mali> [Abruf: 14.06.2023]. Mali beauftragte im Herbst 2023 die russische Wagner-Miliz mit einer Sicherheitsmission, was gleichbedeutend mit dem Ende der UN-Missionen war. (A.M.)

29 Vgl. „Einmischen oder zurückhalten? Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik“. September 2020 und November 2020. [https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/18574/2020-21\\_-\\_koerber\\_theberlinpulse\\_grafiken\\_deu\\_2020.pdf](https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/18574/2020-21_-_koerber_theberlinpulse_grafiken_deu_2020.pdf) (Abruf: 27.04.2023).

„Parlamentsarmee“) zu bekommen, da der Rückhalt in der deutschen Gesellschaft, insbesondere für Auslandseinsätze der Bundeswehr, fehlt.

So unterstützte 2008 nur noch eine Minderheit von 14 Prozent der Deutschen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Und selbst unter dem Eindruck, dass der Schutz Deutschlands durch die USA angesichts der erratischen Politik des früheren US-Präsidenten Trump stark im Schwinden begriffen war, sprachen sich im Jahre 2019 immer noch weniger als ein Viertel der Deutschen (23 Prozent) für höhere Verteidigungsausgaben aus.<sup>30</sup> Die Aussage der damaligen Bundesministerin für Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer vom November 2019, die Bundeswehr müsse eine deutlich aktivere Rolle in der Welt spielen, lehnten 60 Prozent der Befragten ab, nur 20 Prozent befürworteten sie.<sup>31</sup>

Zweifellos spielen die zutiefst negativen historischen Erfahrungen der Deutschen in zwei Weltkriegen eine entscheidende Rolle für die Skepsis gegenüber militärischen Einsätzen. Zugleich hat sich in der Bundesrepublik aber auch eine Zivilgesellschaft entwickelt, die mehrheitlich pazifistisch eingestellt ist oder schlicht ignorant ist. Hinzu kommt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs offensichtlich auch „der über Jahrzehnte eingeübte Reflex, sich lieber von anderen verteidigen zu lassen, als selbst Verantwortung zu übernehmen“.<sup>32</sup>

Weil der gesellschaftliche Rückhalt in Deutschland für militärische Ausrüstung und eventuelle Einsätze der Bundeswehr im Ausland fehlt, hat sich ein Ungleichgewicht herausgebildet: „Deutschlands wirtschaftliches und finanzielles Übergewicht steht sein militärisches Untergewicht gegenüber.“<sup>33</sup> Gleichwohl stimmt die internationale politikwissenschaftliche Forschung darin überein, „dass Deutschland heute eine deutlich herausgehobene und in mancherlei Hinsicht auch ‚unverzichtbare‘ Rolle einnimmt“.<sup>34</sup> Das zeigte sich nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 und der Besetzung ostukrainischer Regionen durch Russland.

30 Institut für Demoskopie Allensbach (2019): „Halbherzige Verantwortungsbereitschaft. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 295 vom 19. Dezember 2019“, S. 8. [https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige\\_pdfs/FAZ\\_Dezember2019\\_Verteidigung.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/IfD/sonstige_pdfs/FAZ_Dezember2019_Verteidigung.pdf) [Abruf: 26.4.2023].

31 Ebd., S. 9 u. 13. Höher liegen die Zahlen mittlerweile hinsichtlich der Verteidigungsbereitschaft – laut einer Umfrage der Bundeswehr aus dem Jahr 2024 könnten sich immerhin über 40% der Befragten die aktive Teilnahme an Kampfhandlungen vorstellen; vgl. T. Graf (2024): *Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2024*, S. 5. (A.M.)

32 Ebd. (ifd-allensbach).

33 So J. Janning: „Suche nach Gestaltungsmacht. Deutschlands Außenpolitik in Europa“, S. 16.

34 Vgl. die Zusammenfassung der internationalen Forschung bei Hellmann (2016): „Zwischen Gestaltungsmacht und Hegemoniefalle“, S. 11.

Kurz nach Russlands Besetzung und Annexion der Krim und weiterer Gebiete im Osten der Ukraine mittels irregulärer Truppen ergriff Deutschland unter Bundeskanzlerin Merkel die Initiative, den Verhandlungsweg einzuschlagen, um eine weitere Eskalation der Kampfhandlungen, vor allem unter der Zivilbevölkerung, zu vermeiden. Deutschland wurde, zumindest in Europa, als „Gestaltungsmacht“ wahrgenommen, sekundiert von Frankreich. Berlin war es auch, das in der Europäischen Union seit 2014 auf die Durchführung von Sanktionen gegen Russland drängte<sup>35</sup> – die nun seit dem russischen Angriff im Februar 2022 mehrfach verschärft wurden –, obwohl die EU und nicht zuletzt Deutschland selbst als führende Exportnation dadurch beträchtliche ökonomische und finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Deutschland hat somit auf außenpolitischer und diplomatischer Ebene versucht zu erreichen, was in diesem festgefahrenen Konflikt überhaupt möglich war.<sup>36</sup>

Umso mehr ist daher zu bedauern, dass Berlin seine kritische Politik gegenüber Russland durch den Bau von *Nord Stream 2* selbst konterkarierte und dadurch zu einem internationalen Streitfall wurde, der aktuell im Vorwurf verzögerter Hilfeleistungen für die Ukraine seine Fortsetzung findet. Dabei wurde nicht nur von den USA, Mitgliedstaaten der EU und dem Europäischen Parlament zu Recht heftig kritisiert, dass sich Deutschland und weitere Staaten der EU wie Ungarn energiepolitisch zu sehr in Abhängigkeit von Russland begaben; kaum weniger wurde moniert, dass mit den in der Ostsee verlegten (und mittlerweile bei einem Anschlag gesprengten) Rohren von *Nord Stream 2* die Ukraine und überdies v.a. die Baltischen Länder und Polen umgangen wurden, mit erheblichen Verlusten bei den Gebühreneinnahmen. Deutschland unterhöhlte damit die Position der Ukraine, die es doch andererseits seit 2014 massiv gegen Russland unterstützt und mit der die EU 2017 ein Assoziierungsabkommen geschlossen hatte. Berlin verschaffte der Russischen Föderation dadurch einen gewichtigen (wirtschafts-) politischen Vorteil zu Lasten der Ukraine und finanzierte damit zumindest indirekt ein autoritäres Herrschaftssystem, dessen Feindseligkeit gegenüber westlichen demokratischen Werten und humanitären Grundsätzen im Prinzip seit dem Zweiten Tschetschenienkrieg, spätestens aber dem Georgienkrieg (2008) offen zutage trat und sich auch immer wieder innenpolitisch im Umgang mit oppositionellen Kräften und Personen zeigte und zeigt. Der nach dem jahrelang schwelenden

35 vgl. hierzu nun: B. M. Scianna (2024): *Sonderzug nach Moskau*, S. 416/17. (A.M.)

36 Dementgegen lag die Bündnisbereitschaft der Deutschen im Jahr 2015 mit Blick auf die Ukraine bei gerade einmal 38%: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/nato-ukraine-russland-umfrage-pew-stimmung-deutschland> [Abruf: 26.04.2023].

Konflikt um die Region Donezk und Luhansk infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine ausgebrochene Krieg droht nicht nur zu einem Flächenbrand zu eskalieren, sondern zeigt die Versäumnisse im Umgang mit Putin und dessen zielgerichtete Machtpolitik inzwischen wie in einem Brennglas.

### III. Deutschlands Europapolitik

Auf die Europäische Union und die Europapolitik hat das wiedervereinte Deutschland zweifellos das größte Engagement verwendet. Unabhängig von den jeweiligen parteipolitischen Konstellationen haben alle Bundesregierungen entscheidend an allen Verträgen von Maastricht bis Lissabon mitgearbeitet, die Erweiterung der EU nach Osteuropa vorangetrieben und zugleich notwendige Reformprozesse initiiert. Das unveränderte Ziel deutscher Europapolitik bestand und besteht einerseits darin, den innenpolitischen Integrationsprozess zu verstärken, um damit die EU andererseits in die Lage zu versetzen, als anerkannter und gewichtiger „Player“ mit den Weltmächten USA, China und Russland konkurrieren zu können. Die kontinuierliche Verfolgung dieser Politik hat jedoch wiederholt Rückschläge hinnehmen müssen, deren größter sicherlich der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union im Jahre 2016 gewesen ist.

Während die internationale Finanzkrise in den Jahren 2008 bis 2016, aus der sich rasch eine Krise der europäischen Gemeinschaftswährung mit dem schwierigen Problemfall Griechenland entwickelte, maßgeblich nur mit der Hilfe Deutschlands als ökonomisch und finanziell stärkstem Staat der Eurozone überstanden werden konnte, war dies bei der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 nur noch ansatzweise der Fall. Rund eineinhalb Millionen Flüchtlinge kamen in die EU-Mitgliedsländer (bis 12/2021 wurden es knapp drei Millionen), davon etwa eine Million nach Deutschland.<sup>37</sup> Spätestens Ende 2015 lehnte die Mehrzahl der EU-Staaten die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab. Die deutsche Politik unter Bundeskanzlerin Merkel einer – zumindest anfänglichen – Willkommenskultur wurde von ihnen nicht mitgetragen.<sup>38</sup> Nicht zuletzt die neuen ost- und südeuropäischen Mitgliedsländer der EU, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn

37 [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-of-life/statistics-migration-europe\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-of-life/statistics-migration-europe_de) [Abruf: 26.04.2023].

38 <https://www.welt.de/politik/ausland/plus235821896/Europaweite-Umfrage-Die-grosse-Skepsis-bei-der-Zuwanderung.html> [Abruf: 26.04.2023]

verwarhten sich vehement gegen die Aufnahme von Migranten.<sup>39</sup> Doch es waren nicht sie allein, die zum Versagen der EU beitrugen, die Flüchtlingskrise solidarisch zu lösen. Lediglich das innen- und außenpolitisch bis heute umstrittene „EU-Türkei-Abkommen“ vom März 2016 vermochte den Zustrom weiterer Flüchtlinge zu reduzieren. Auch hier war es Berlin vor Brüssel, das die entscheidenden Verhandlungen führte. Eine verbindliche Quotenregelung für alle EU-Mitgliedsländer, je nach Aufnahmevermögen Migranten aufzunehmen, ist jedoch bisher nicht zustande gekommen. Dabei bedarf das Problem einer dringenden Klärung; denn nach wie vor versuchen Flüchtlinge, EU-Länder zu erreichen. Obwohl Deutschland rund die Hälfte aller Flüchtlinge aufnahm, die seit Anfang 2015 in EU-Länder kamen, ist es Berlin nicht gelungen, eine einvernehmliche Lösung auf europäischer Ebene herbeizuführen. Die Folge ist die gegenwärtige Auslagerung des Flüchtlingsproblems an die Außengrenzen der EU, die Flüchtlinge dazu zwingt, unter inhumanen Verhältnissen auf die Genehmigung oder Ablehnung ihres Asylantrags in überfüllten Behelfslagern auszuhalten. Seit Sommer 2021 ist das Flüchtlingsproblem durch subversive Maßnahmen des weißrussischen Diktators Lukaschenko auch an die Grenzen Litauens und Polens gelangt.<sup>40</sup>

Vor allem die Flüchtlingskrise hat vor 2022 gezeigt, dass deutsche Außenpolitik

[...] von Bedingungen abhängt, die ihre Wirkung stark vermindern oder vollständig ersticken können. Sie ist gebunden an international legitimierte Institutionen und an das Prinzip eines kollektiven Zusammenwirkens. In einer Zeit, in der Rücksichtslosigkeit und Selbstherrlichkeit wichtiger Akteure wachsen, führt das zum Verlust von Einfluss und Gestaltungskraft.<sup>41</sup>

So sehr deutsche Außen- und Sicherheitspolitik heutzutage ohne die EU nicht mehr gedacht werden kann, ebenso sehr stößt Deutschland bisweilen innerhalb der EU auch immer wieder an unüberwindbare Grenzen, obwohl Deutschland als wirtschaftlich und demographisch größtes Mitgliedsland fast immer als „reluctant hegemon“ agiert: „Während die Zahl der Vetospieler in der Europäischen Union mit 28 Mitgliedstaaten deutlich zugenommen hat, ist die Gestaltungsmacht Deutschlands nicht mitgewachsen.“<sup>42</sup> Auch wenn die Bundesrepublik „die un-

39 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/872928/umfrage/umfrage-in-den-visegradstaaten-zur-einwanderung-von-menschen-aus-eu-laendern/> (Zahlen aus dem Sommer 2020; [Abruf: 26.04.2023]).

40 Vgl. hierzu R. Koopmans (2023): *Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik*. S. 38, 187 f.

41 J. Leithäuser (2020): „Wenig Gestaltungskraft“, S. 1.

42 J. Janning, (2016) „Suche nach Gestaltungsmacht“, S.13.

entbehrliche Nation“ in Europa ist, wie es der frühere polnische Außenminister Radek Sikorski formulierte, bleibt es eine offene Frage, „wie Deutschland seine Anliegen und Möglichkeiten im europäischen und internationalen Kontext strategisch umsetzen kann.“<sup>43</sup> Dieses Problem gilt allerdings auch *vice versa*, da ebenso „der Europäischen Union die Stärke [fehlt; G.H.], um aus der Stärke Deutschlands Nutzen zu ziehen.“<sup>44</sup>

Ohne Zweifel ist dieses Paradox eine notwendige Folge des grundsätzlich richtigen und unverzichtbaren multilateralen Ansatzes, den die Bundesrepublik verfolgt. Im Rahmen der Europapolitik kommt allerdings erschwerend hinzu, dass die Durchführung einer einstimmigen Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach wie vor schwierig bleibt, zumal die gewünschte Einstimmigkeit bereits durch ein einziges Veto verhindert werden kann – und bereits wurde.

In den letzten 30 Jahren wurde zunehmend deutlich, dass es der Europapolitik Deutschlands nur teilweise gelungen ist, seine „Führungsleistung in eine verstärkte europäische Handlungsfähigkeit zu verwandeln und Deutschlands Führung gewissermaßen zur Vorleistung einer Vertiefung der europäischen Integration zu machen.“<sup>45</sup> Dieses gleichsam doppelte Defizit mindert Europas und Deutschlands außen- und sicherheitspolitischen Möglichkeiten, entschiedener in einer Welt aufzutreten, die schon vor dem Februar 2022 bestimmt wurde „vom amerikanisch-chinesischen Machtkampf [...] und vom Bedeutungsdrang der Präsidenten Russlands und der Türkei, der wiederum die Konflikte in Libyen und Syrien befeuert.“<sup>46</sup> Da sich diese nun ultimativ verschärften und verhärteten Konstellationen zumindest mittelfristig kaum ändern werden, muss sich die EU – und damit auch Deutschland – noch stärker als bisher auf die eigenen Potenziale besinnen; diese beruhen auf ihrer demographischen Stärke von 450 Millionen Einwohnern und dem größten Binnenmarkt der Welt mit rund 20 Billionen Dollar Bruttoinlandsprodukt. Doch Putins – allen Anzeichen seit 2014 zum Trotz für die deutsche Politik überraschender – Angriffskrieg wie auch das Lavieren des wichtigsten Bündnispartners unter Trump zeigen, dass dies allein nicht ausreicht. Deutschland und seine europäischen Verbündeten werden sich daher, über die Unterstützung der Ukraine hinaus, in militärischer Hinsicht weiter verstärken müssen, um einerseits Europas heikle sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA zu reduzieren, und um andererseits bei Krisen

43 Vgl. ebd., S. 17.

44 Ebd.

45 Ebd., S. 16.

46 J. Leithäuser (2020), „Wenig Gestaltungskraft“, S. 1.

und Konflikten in der Welt einen international anerkannten Beitrag leisten zu können.<sup>47</sup> Ein verteidigungspolitisch stärkeres Europa würde zudem die NATO stärken. Deutschland und Europa könnten dadurch einen essenziellen Beitrag dazu leisten, der weltweit zunehmenden Bedrohung der Demokratie und ihrer systemischen Werte entgegenzutreten.

## Bibliographie

- Böttger, Katrin / Jopp, Mathias (2017): Grundlinien deutscher Europapolitik. In: (Dies.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*. Bonn: BPB, S. 13-30.
- Bundesministerium der Verteidigung (2016): *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*. Berlin. o.V.
- Görtemaker, Manfred (2009): *Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung*. Berlin: bebra Verlag.
- Graf, Timo (2024): *Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2024*. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Hellmann, Gunther (2018): „Von Freunden umzingelt“ war gestern. Deutschlands schwindende Sicherheit, in: *APuZ* 68, 36-37, S. 23-28.
- Heß, Julius / Lutz, Karl-Heinz / Konopka, Torsten (Hgg., 2021): *Mali und westlicher Sahel*. (Wegweiser zur Geschichte). München: F. Schöningh.
- Janning, Josef (2016): Suche nach Gestaltungsmacht. Deutschlands Außenpolitik in Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), 28-29/2016, S. 13-18.
- Kaiser, Karl (1994): Das vereinigte Deutschland in der internationalen Politik. In: Ders./H.W: Maull (Hgg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 1: *Grundlagen*. München: Oldenbourg, S.1-14.
- Koopmans, Ruud (2023): *Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg*. München: C.H. Beck.
- Leithäuser, Johannes (2020): Wenig Gestaltungskraft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr.176 (31.7.2020), S. 1.
- Link, Werner (2006): Deutschland als europäische Macht. In: Werner Weidenfeld (Hg.): *Die Staatenwelt Europas*. Bonn: BPB.
- Philippi, Nina (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschlands*. Frankfurt a. M.: Lang.
- von Rohr, Mathieu / Sandberg, Britta (2018): „Wir erleben einen Epochenbruch“. Seit dem Zerfall der Sowjetunion war die Lage nie gefährlicher als heute, sagt Wolfgang Ischinger, der frühere deutsche Botschafter in den USA, in: *Der Spiegel*, Nr.36 (1.9.2018), S. 83.
- Schöllgen, Gregor (2013): *Deutsche Außenpolitik. Von 1945 bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.

47 Vgl. hierzu G. Hellmann (2018): „Von Freunden umzingelt“ war gestern, S. 23-28.

- Scianna, Bastian Matteo (2024): *Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990*. München: C.H. Beck.
- Stürmer, Michael (1994): Deutsche Interessen. In: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hgg.): *Deutschlands neue Außenpolitik*, Bd. 1: *Grundlagen*. München: Oldenbourg, S. 39-61.
- Werkner, Ines-Jacqueline / Haspel, Michael (Hgg., 2019): *Bündnissolidarität und ihre friedensethischen Kontroversen* (= Fragen zur Gewalt, Bd. 4). Wiesbaden: Springer VS.